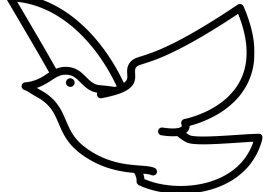
 *Fisch und Vogel* 

Rundbrief aus christlicher Solidarität mit den Philippinen

---



Foto: Zacharias Steinmetz

## Inhalt

Nachrichten	3	Babaylanes historisch und heute	10
Neu-altes Konfliktpotential	6	Der Fall Zara Alvarez	12
Gleichberechtigung in Gesellschaft und Kirche	7	Manilas beschwiegenes Massaker: Moro-Widerstand vor 45 Jahren	14
Schreib-Weisen: „Warum wir gendern“	9	Letzte Seite	16

Liebe Leser\_innen,

ein unscheinbarer Unterstrich mit großer Wirkung. Bereits zum dritten Mal erscheint Fisch und Vogel nun durchgehend in geschlechtergerechter Sprache. Der Unterstrich, die sogenannte „gender gap“, soll weg von einer Dominanz des maskulinen Genus hin zu einer inklusiven Sprache führen, in der sich Frauen, Männer, Trans- und Intersexuelle gleichermaßen wiederfinden können (s. S. 9)



Neben dieser rein formalen Änderung widmet sich die diesjährige Oster-Ausgabe auch inhaltlich dem Thema Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland und in den Philippinen. Seit den 1970er und 80er Jahren kämpfen Frauen (und Männer) beider Länder verstärkt für Gleichberechtigung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Bis dato waren vor allem Männer in der Öffentlichkeit präsent. Nun forderten deutsche Frauen und Filipinas zunehmend ihre Rechte ein. Vieles ist mittlerweile erreicht worden, doch es bleibt auch weiterhin einiges zu tun. In der philippinischen Gesellschaft herrscht seit jeher eine klare Rollenverteilung zwischen männlich und weiblich sozialisierten Personen. Frauen kümmern sich in erster Linie um häusliche und familiäre Angelegenheiten. Als Heimarbeiterinnen oder Inhaberinnen von Sari-Sari-Stores tragen sie maßgeblich zur finanziellen Unterstützung der Familie bei. Finden Männer keine Arbeit in traditionell männlich dominierten Berufen, bleiben sie oft gänzlich zu Hause und überlassen der Frau das Geldverdienen. Aufstiegschancen in klassischen Angestelltenverhältnissen sind für Frauen schwerer zu verwirklichen und Jobs in der Regel

schlechter bezahlt als bei Männern. Diese sogenannte „gläserne Decke“ ist auch in Deutschland ein Thema. Darüber hinaus klagen in Europa zunehmend auch Männer über die Nachteile klassischer Rollenbilder, die sie als die ausschließliche Verantwortung tragenden Machos frei von jeglichen Schwächen stilisieren.

Das Titelbild dieser Ausgabe ist in einem Fischerdorf auf Silaki Island, einer kleinen Insel vor Bolinao (Provinz Pangasinan) entstanden. Während die Männer Karten spielten und tranken, wusch diese Frau die Wäsche anderer Leute, um ihrer Familie ein Einkommen zu ermöglichen.

Viel Spaß beim Lesen und eine besinnliche nachösterliche Zeit wünscht

*die Redaktion von Fisch und Vogel*

**Der Name "Fisch und Vogel" bezieht sich auf zwei Symbole:**

**Fisch (griechisch: Ichthys) steht für Jesus Christus, Sohn Gottes, Retter und Vogel (philippinisch: Ibon malaya) für den Widerstand gegen die Marcos-Diktatur**

Impressum:

**Herausgeber:**

Arbeitskreis Ökumenische Philippinen Konferenz  
c/o Dorothea Seeliger, Jahnstr. 82, 56179 Vallendar  
Website: [www.fisch-und-vogel.de](http://www.fisch-und-vogel.de)

Redaktionsteam:

Carolin Blöcher, Zacharias Steinmetz, Martina Seltmann  
Email: [redaktion@fisch-und-vogel.de](mailto:redaktion@fisch-und-vogel.de)

Nachrichtenredaktion:

Gabriele Hafner und Philippinenbüro im Asienhaus

Ständige Mitarbeit: Dr. Rainer Werning und Dieter Zabel

Wir freuen uns über Ihren **Unkostenbeitrag**, der das Erscheinen von Fisch & Vogel garantieren hilft:

Kontoinhaber: Bischöfliches Ordinariat Limburg

Konto 3700010

BLZ 51140029 (Commerzbank Limburg)

IBAN: DE08511400290379027600

BIC: COBADEFFXXX

Verwendungszweck: Fisch & Vogel 2013

**Kostenstelle: 2140 1016 20** (bitte immer angeben)

Die nächste Ausgabe von Fisch & Vogel, Nr. 81, erscheint im August 2013

### Moratorium für Familienplanungsgesetz

Das Oberste Gericht der Philippinen hat das umstrittene Gesetz zur Familienplanung bis zur Anhörung von sechs Petitionen katholischer Lebensschützer Mitte Juni ausgesetzt.

Das Gesetz war im Dezember in Kraft getreten. Es ermöglicht auch der ärmeren Bevölkerung Zugang zu Verhütungsmitteln und erlaubt Sexualaufklärung an Schulen, Familienplanungsprogramme, bessere gesundheitliche Versorgung von Schwangeren und Müttern sowie die Behandlung von Komplikationen nach Schwangerschaftsabbrüchen. Abtreibungen sind in den Philippinen weiterhin ausnahmslos illegal. Politik und Gesellschaft hatten in den vergangenen 15 Jahren eine zeitweise erbitterte Debatte über die gesetzlichen Grundlagen der Familienplanung geführt. Nach Ansicht der katholischen Kirche in den Philippinen verstößt das Gesetz gegen die Verfassung, da sie den Schutz des Lebens garantiert. Vertreter der Bischöflichen Kommission für Familie begrüßten das Moratorium und drangen auf eine entschiedene Kampagne gegen das Gesetz während des Wahlkampfes.

vgl. KNA 19.03.2013, CBCPnews 19.03.2013

### Landnahme nach Sultansart

Um „friedlich wieder in ihrer alten Heimat zu siedeln“, landeten Anfang Februar rund 200 Männer unter dem Kommando des Kronprinzen des Sultanats von Sulu in Sabah, dem Nordteil der Insel Borneo. Der in Manila residierende Sultan Kiram hegt offenbar schon seit längerem den Gedanken, Territorialansprüche auf Sabah geltend zu machen.

Bis 1878 hatte der heutige malaysische Bundesstaat Sabah zum Sultanat von Sulu gehört. 1963 wurde Sabah ein Teil Malaysias. Bis heute zahlt die malaysische Regierung den Nachkommen des Sultans von Sulu angeblich eine symbolische Pacht von 1.700 US-Dollar im Jahr. Sabah hat etwa die Größe von Irland, ist reich an Öl- und Edelhölzervorkommen und verfügt über riesige Palmölplantagen. Rund 800.000 Filipin@s haben sich in dem prosperierenden Nachbarstaat niedergelassen um Kämpfen und Perspektivlosigkeit im philippinischen Mindanao zu entgehen.

Präsident Aquino rief dazu auf, Gewalt zu vermeiden und vor allem das Leben der regulär in Sabah lebenden Filipin@s zu schützen. Anfang März reagierte die malaysische Armee mit Luftangriffen auf die Eindringlinge. Acht malaysische Polizisten und 63 Filipin@s sollen seit Anfang Februar getötet worden sein. Nach den Angriffen flohen mehrere tausend philippinische Zivilist\_innen per Schiff nach Mindanao. Ehemalige Kämpfer der Muslimischen Befreiungsarmee MNLF, die kürzlich mit der Regierung ein Friedensabkommen unterzeichnet hat, verstärken inzwischen die Kräfte des Sultans. Zahlreiche frühere MNLF-Kämpfer wurden auf Sabah trainiert und haben sich später dort niedergelassen. MNLF-Gründer Nur Misuari besuchte Sultan Kiram in Manila und bekräftigte, Sabah sei Heimatland und gehöre den muslimischen Fili-

pin@s. Die USA lehnten eine Parteinahme in dem Konflikt ab.

Inzwischen haben einige Senats-Kandidat\_innen Sympathien für die Territorialforderungen geäußert. Andere Politiker\_innen sind nach Sabah gereist und haben Verständnis für die Forderungen des Sultans gezeigt. Präsident Aquino wird vor allem dafür kritisiert, dass er nicht schon früher auf einen Brief des Sultans mit einem Gesprächsangebot reagiert habe.

Die Familie des Sultans von Sulu und Nord-Borneo hat inzwischen die muslimische Welt um Hilfe bei der Wiedergewinnung von Sabah gebeten, das unrechtmäßig Teil des Staats Malaysia sei. Sie riefen die UN, die OIC (Organization of Islamic Cooperation) und die ASEAN zur Intervention auf, um den bewaffneten Konflikt zu beenden.

vgl. MB 22.02., 06.03., 09.03., 23.03., 26.03.2013 Spiegel online 05.03.2013, UCAN 19.03.2013 und 21.03.2013, vgl. PDI 24.03.2013

### Weiter Bestnoten für Präsidenten

Der Präsident und sein Vize bleiben nach einer Umfrage von Ende Februar die vertrauenswürdigsten Politiker. 72 Prozent der 1.800 Befragten vertrauten dem Staatsoberhaupt am meisten, 69 Prozent seinem Vize Jejomar Binay. 70 bzw. 68 Prozent bescheinigten den beiden, gute Arbeit geleistet zu haben. Dieses Ergebnis zieht sich quer durch Schichten und Landesteile. Die Kritik an der abwartenden Haltung des Präsidenten in der Sabah-Krise hat sich auf die Umfrageergebnisse offenbar nicht negativ ausgewirkt. Hoch ist die Zufriedenheit auch mit dem Obersten Gerichtshof, der in den letzten Monaten immer wieder heikle Entscheidungen zu treffen hatte.

vgl. MB 21.03.2013, PDI 21.03.2013

### Studentinnen-Selbstmord aus Geldmangel

Weil sie nicht die Mittel hatte, um die fälligen Studiengebühren für ihr zweites Semester zu bezahlen, hat die UP-Studentin Kristel Tejada Selbstmord begangen. Die Universität hatte sie wie in solchen Fällen üblich benachrichtigt, dass sie eine Zwangspause einlegen müsse, bis die Gebühren in Höhe von 245 Dollar überwiesen seien. Der Tod der 16-Jährigen löste landesweit Proteste und Kritik an der Studienfinanzierung aus.

Die Gebühren für ein komplettes Studium an einer öffentlichen Hochschule wie der University of the Philippines werden auf 6.000 Dollar geschätzt. Das entspricht dem gegenwärtigen Jahreseinkommen einer Durchschnittsfamilie in den Philippinen. Ein Drittel der Bevölkerung hat aber nur ein Jahreseinkommen von 1.700 Dollar zur Verfügung. Kristel Tejada kam aus dem Armenviertel Tondo. Ihr Vater arbeitet als Taxifahrer. Einer ihrer Dozentinnen hatte Tejada anvertraut, an der Uni könne sie die Probleme zu Hause vergessen.

Bei der Beerdigung versicherte der Universitätspräsident, qualifizierten Studierenden sollte die Ausbildung nicht we-

gen Geldproblemen verwehrt bleiben. Caritas Manila wird einen Fonds für bedürftige Studenten einrichten, der zunächst mit einer halben Million Peso ausgestattet sein soll. Der Vorsitzende der Parlamentskommission für höhere Erziehung versprach Abhilfe zu schaffen. Kristel Tejada durfte entgegen sonstiger Gepflogenheiten in geweihter Erde bestattet werden.

vgl. UCAN 18.03. u. 25.03.2013, PDI 20.03.2013

### **Kirchenmänner: Landreform beschleunigen**

Ende Januar forderten achtzig katholische Würdenträger den Präsidenten in einem Brief auf, die amtierende Führung des Landreform-Ministeriums abzulösen. Zu den Unterzeichnern gehört auch der Erzbischof von Manila, Kardinal Luis Antonio Tagle. Der Brief gilt als die deutlichste direkt an den Präsidenten gerichtete politische Einmischung der Kirche in den letzten Jahren. Sie seien höchst alarmiert, schrieben die Priester, dass die Leistungen des Ministeriums anderthalb Jahre vor dem Auslaufen des verlängerten Agrarreformgesetzes noch immer jämmerlich seien. Viele Versprechungen, die Aquino persönlich im Dialog mit Bauern zugestanden hatte, seien bisher nicht umgesetzt worden. Auch nach der Verlängerung des ursprünglichen Zeitraums für die Verteilung von Land an Kleinbauern, habe das Ministerium seine Ziele verfehlt. Auch die dafür im Haushalt veranschlagten Mittel wurden nicht in vollem Umfang bereitgestellt. Eine abermalige Verlängerung des Gesetzes ist unwahrscheinlich. Wenn die Versprechungen des Präsidenten nicht umgesetzt würden, hieße das, dass er es selbst nicht wolle, folgte ein Bischof.

vgl. MT 08.02.2013

### **Umweltbescheinigung für Tagebau-Projekt**

Im Genehmigungsverfahren für das höchst umstrittene Bergbauprojekt zum Abbau von Kupfer und Gold in Tampakan wurde Sagittarius Mines Umweltverträglichkeit bescheinigt. Die Firma beabsichtigt, die Vorkommen im offenen Tagebau auszubeuten. Das Umweltministerium hatte zuvor gegen das Projekt entschieden und war aufgefordert worden, diese Entscheidung zu überprüfen. Das Ministerium betonte, in der Bescheinigung seien etliche Bedingungen enthalten, die eingehalten werden müssten. Erst wenn alle Anforderungen erfüllt seien, könne die Firma mit der Realisierung des Projekts beginnen. So müsse ein Nachweis erbracht werden, dass keine Gebiete beeinträchtigt würden, in denen Bergbau untersagt ist. Falls die Behörden der Provinz das Projekt nicht befürworten, könne auch dies ein Grund für die Annullierung der Erlaubnis sein. Der Gouverneur der Provinz Süd-Cotabato will das Projekt aufgrund des Verbots von offenem Tagebau bisher nicht erlauben.

vgl. Business World 19.02.2013

### **Hoffnung auf Papstbesuch 2016**

Der Internationale Eucharistische Kongress in Cebu 2016 wird als möglicher Termin für einen Besuch des neuen Papstes auf den Philippinen behandelt. Manilas Erzbischof Kardinal Luis Antonio Tagle berichtete aus Rom, Franziskus habe ihm gesagt, er hege große Hoffnungen für das Land. Die Menschen sollten ihre Glauben festigen, ihre Hingabe an die Gottesmutter und für die Armen vertiefen.

vgl. CBCPnews 21.03.2013

### **Umweltminister warnt vor Trickereien bei Landverkäufen**

Nachdem Verkaufsangebote für Areale in einem Wasserschutzgebiet am Oberen Marikina-Fluss entdeckt worden waren, stellte Umweltminister Ramon Paje klar, alle geschützten Gebiete seien öffentliches Eigentum und könnten in keiner Weise gehandelt werden. Zuvor hatte eine Fernsehsendung auf die illegalen Geschäfte einer Stiftung mit dem blumigen Namen „Vorreiter für erfindungsreiche und eigenständige Lebensunterhalts- und Siedlungsprojekte“ aufmerksam gemacht. Ein leitender Angestellter wurde daraufhin verhaftet. Die Firma hatte sogenannte „Certificates of Stewardship Contracts“ von Hochlandfarmern gekauft, um die Grundstücke auf dem Markt zu handeln. Seit den 1980er Jahren können berechnete Waldnutzer\_innen eine Nutzungslizenz über 25 Jahre erhalten, die ihnen erlaubt, dort zu siedeln und das Bergland zu bewirtschaften. Diese Lizenzen dürfen aber nicht weitergegeben oder gar verkauft werden.

vgl. PDI 23.03.2013

### **Wasserversorgung der Ifugao zukunftsträchtig**

Das System, mit dem die Ifugao im Norden der Philippinen seit jeher Wasser für ihre Reisterrassen und als Trinkwasser gewinnen, halten internationale Experten für eine auch heute hervorragend geeignete Strategie einer nachhaltigen Wasserversorgung. Nach dem „Muyong-System“ versorgt ein gemeinschaftliches Wassereinzugsgebiet von fünf Hektar Größe die Felder und Brunnen. Das starke Gefälle zu den Teichen auf den terrassierten Hängen sorgt automatisch für eine Filterung und Reinigung des Wassers. Die Befestigung der Terrassen verhindere Erosion. Die Ethnologen schlugen vor, dass die Verwaltung von Wassereinzugsgebieten gesetzlich geregelt werden solle. Die Eigentümer\_innen großer Gebiete im Hochland könnten Land für die gemeinschaftliche Nutzung zur Verfügung stellen, wie es die Ifugao traditionell praktizieren.

vgl. PDI 20.03.2013

### **Bauern als Wasserwächter**

42 Farmer aus dem Hochland rund um den Mount Tipolog in Mindanao sind formell zu Forstwächtern ernannt wor-

den. Sie waren mit Mitteln der amerikanischen USAID letztes Jahr ausgebildet worden. Die Farmer sollen in ihrer Heimatgegend mithelfen, die Einhaltung der Regeln für Wassereinzugsgebiete zu überwachen und die Behörden mit ihren Beobachtungen, Fotos und Berichten in Schutz- und Waldwirtschaftsgebieten unterstützen.

vgl. MindaNews 22.03.2013

### Energieknappheit in Mindanao

Während viele Regionen der Philippinen zur Earth Hour am 23. März für eine Stunde die Lichter ausknipsten und in Butuan City sogar über 100 enthusiastische Radler darauf aufmerksam machten, klagen die Bewohner Mindanaos über eine permanente und unfreiwillige Earth Hour. Mindanao leidet unter akuter Stromknappheit, acht- bis zehnstündige Stromausfälle sind in manchen Regionen keine Seltenheit. Erschwerend kommt hinzu, dass zurzeit wenig Wasser aus dem Lake Lanao zur Stromgewinnung abgelassen wird, um

Reserven zu haben für die Senatsnachwahlen am 13. Mai.

vgl. PST 24.03.3013, MindaNews 24.03.2013

### Deutschland will philippinische Pflegekräfte anwerben

Angesichts des Fachkräftemangels in der Pflege hat die deutsche Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung der Philippinen eine Vermittlungsabsprache zur Anwerbung von Pflegekräften vereinbart. Die Vereinbarung orientiert sich demnach am Verhaltenskodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Dieser sieht vor, dass eine länderübergreifende Anwerbung von Gesundheitspersonal nur erfolgen soll, wenn im Ausgangsland kein Fachkräftemangel besteht. Die Pflegekräfte sollen in ihrer Heimat sprachlich und kulturell geschult werden und dieselben Vertragsbedingungen wie deutsche Pflegekräfte erhalten. Derartige Absprachen gab es bisher nur mit den Arbeitsverwaltungen von Kroatien und Serbien.

vgl. KNA 20.03.2013, MB 22.03.2013

---

## Ökumenische Philippinenkonferenz in Bonn, 25. – 27. Oktober 2013

zum Thema

### „Friedensprozess in Mindanao“

Mit dem *Bangsamoro*-Rahmenabkommen vom 15. Oktober 2012 hat der Friedensprozess in Mindanao eine neue Dynamik gewonnen. Die weiteren Entwicklungen in diesem Jahr, insbesondere nach den Wahlen im Mai, werden spannend. Die Ökumenische Philippinenkonferenz plant, sich mit der Rolle und dem Beitrag von zivilgesellschaftlichen Initiativen zum Friedensprozess, der Aussöhnung und des friedlichen Zusammenlebens von Moro, Lumad und Christen zu beschäftigen. Wir wollen über den Tellerrand Mindanaos schauen und uns fragen, ob wir in Deutschland etwas von solchen Konflikten lernen können.

Die ÖPK lädt hiermit ein zur Diskussion auf der 29. Jahrestagung vom 25. – 27.10.2013. Getagt wird im Haus der Begegnung der Evangelischen Akademie im Rheinland auf dem Heiderhof in Bonn - Bad Godesberg. Das Programm wird rechtzeitig bekanntgegeben.

---

## Lory Obal kommt nach Deutschland

7. Juni – 7. Juli 2013

Lory Obal wird vom 7. Juni bis 7. Juli 2013 neben diversen Terminen in Brüssel und Berlin etliche Diözesen Süddeutschlands (u. a. Augsburg, Bamberg, München, Speyer und Würzburg) besuchen. Die Führungspersönlichkeit etlicher NGOs aus Kidapawan, Mindanao macht sich stark für eine nachhaltige, gerechte und friedliche Entwicklung der Philippinen. Sie vertritt dabei gleichermaßen die Interessen der indigenen, muslimischen wie auch christlichen Bevölkerung.

Weitere Informationen und Kontakt: Dieter Zabel (dieter.zabel@gmx.net)

## Neu-altes Konfliktpotenzial

Im ostmalaysischen Bundesstaat Sabah sorgen Mitglieder der „Königlichen Armee des Sultanats von Sulu“ für Unruhe

Von Rainer Werning

Seit dem zweiten Februarwochenende herrscht Missstimmung zwischen den südostasiatischen Nachbarländern Malaysia und den Philippinen. Die Diplomaten in den Hauptstädten Kuala Lumpur und Manila sind tunlichst bemüht, die Wogen zu glätten und die ansonsten reibungslosen nachbarschaftlichen Beziehungen wieder ins Lot zu bringen. Grund für die Missstimmung: Am 9. Februar landeten zwischen 100 und 300 – teils bewaffnete – Mitglieder (beide Seiten geben unterschiedliche Zahlen an) der „Königlichen Armee des Sultanats von Sulu“ mit Motorbooten in Lahad Datu und anderen Orten Sabahs an. Sie seien gekommen, ließ Sultan Jamalul Kiram III durch seinen Sprecher verkünden, ihre seit langem bestehenden Landbesitzrechte durchzusetzen und ihr „Heimatland wieder in Besitz zu nehmen“.

Bislang sind nach unterschiedlichen Berichten zwischen 66 und 80 Menschen bei den Auseinandersetzungen ums Leben gekommen. Während die malaysischen Behörden diese Ereignisse herunterspielen und bereits von einem Rückzug der Anhänger des Sultans sprechen, bezeichnet dieser dies im Gegenzug als Propaganda. Gegenüber der auflagenstarken Tageszeitung *Philippine Daily Inquirer* erklärte Jamalul Kiram III kürzlich: „Wir bleiben vor Ort. Warum sollten wir unsere Heimat verlassen? Tatsächlich bezahlen uns die Malaysier dafür bis heute Miete.“ Diese beträgt jährlich 5.300 malaysische Ringgit (umgerechnet gut 1.700 US-Dollar oder 77.000 Philippinische Peso) und wird von der Botschaft Malaysias in Manila per Scheck bezahlt.

Zum Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung: Im Jahre 1658 vermachte der Sultan von Brunei seinem Kollegen in Sulu jenes Territorium, das sich heute Sabah nennt – als Dank dafür, dass Letzterer durch Entsendung von Truppen entscheidend dazu beigetragen hatte, eine Revolte in Brunei niederzuschlagen. Am 22. Januar 1878 unterzeichnete schließlich der Sultan von Sulu mit Vertretern der *British North Borneo Company* ein Abkommen, das Letzterer Sabah auf unbestimmte Zeit gegen eine jährliche Zahlung von 5.000 malaiischen Dollar „überließ“. Der Knackpunkt ist der in der Tausug-Übersetzung verwendete Begriff „*padjak*“, was wörtlich „überlassen“, „verpachten“ oder „mieten“ heißt. Im englischen Text indes ist von „*grant and cede*“ die Rede, was hingegen „übertragen“ bzw. „abtreten“ bedeutet.

1946 trat die *British North Borneo Company* ihrerseits Sabah an die Regierung in London ab, woraufhin der Sultan von Sulu elf Jahre später das (Pacht-)Abkommen aufkündigte. Während die Bevölkerung in Sabah 1963 mehrheitlich für den Anschluss der Region an die neugeschaffene Föderation Malaysia votierte und dem Beitritt Sabahs als ostmalaysischem Bundesstaat in diese zustimmte, übertrug der Sultan von Sulu, seit 1946 integraler Bestandteil der gerade unabh-

ängig gewordenen Republik der Philippinen, der jeweiligen Regierung in Manila das Recht, seinen Anspruch auf Sabah politisch und diplomatisch durchzusetzen. Zwar betrachtet Manila deshalb Sabah nach wie vor als philippinisches Territorium, eine Rechtsauffassung, die der Oberste Gerichtshof des Landes noch in einem Urteil vom 16. Juli 2011 bekräftigte, wenngleich man sich in Regierungskreisen stillschweigend damit abgefunden hatte, die Sabah-Frage als nicht pressierend beziehungsweise „schlafend“ einzustufen und sie in Zukunft einvernehmlich zu lösen. Schließlich wollte man in beiderseitigem Interesse die zwischenzeitlich guten Beziehungen nicht unnötig belasten.

Malaysia lehnt es ab, die Sabah-Frage vor dem Internationalen Gerichtshof klären zu lassen, wie es beispielsweise Nur Misuari, der Gründungsvorsitzende der *Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF)* vorgeschlagen hat. In Kuala Lumpur hält man eine Debatte darüber als gegenstandslos. Auffällig zurückhaltend ist das Echo seitens der ASEAN-Staatengemeinschaft. Mit gutem Grund: Diese 1967 in der thailändischen Metropole Bangkok geschaffene Vereinigung südostasiatischer Staaten, der neben den Gründungsmitgliedern Malaysia und den Philippinen mittlerweile acht weitere Länder angehören, betrachtet jede Art von Grenzverschiebung als tabu und wahrt in diesem Sinne strikt eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Mitgliedslandes.

Seit Anfang der 1970er Jahre sind der Sulu-Archipel und die Hauptinsel Mindanao die höchstmilitarisierten Gebiete im Süden der Philippinen. Lange Zeit herrschte dort ein erbittert geführter Bürgerkrieg. Zunächst war es die MNLF, die für einen unabhängigen Staat kämpfte, dann aber endgültig im September 1996 ihren Frieden mit der Zentralregierung in Manila schloss. In all den Jahren hatte der Vorsitzende der MNLF, Nur Misuari, im libyschen Exil gelebt und wurde in den Ländern des Nahen und Mittleren Osten als gern gesehener Gast empfangen. Um sich wegen des *Jabidah-Massakers* (siehe F&V 80, S. 14) zu revanchieren und Marcos bloßzustellen, gestatteten die Regierungen in Kuala Lumpur Kombattanten der MNLF, Sabah als Trainingslager und Rückzugsgebiet zu nutzen. Für diese und zahlreiche aus der Sulu-See vor den Kampfhandlungen geflohenen Tausug eröffnete die gesellschaftliche Integration in Sabah als Teil des multiethnischen Malaysia eine neue Lebensperspektive.

Als Misuari und die MNLF von Manila kooptiert waren, sattelte Kuala Lumpur um und hofierte fortan die *Moro Islamische Befreiungsfront (MILF)*, eine Abspaltung von der MNLF. Die MILF war mittlerweile zur größten und bedeutsamsten muslimischen Gruppierung im Süden der Philippinen avanciert. So fanden pikanterweise ausgerechnet unter der Ägi-

de der malaysischen Regierung in Kuala Lumpur seit 1997 zunächst Waffenstillstands- und später Friedensverhandlungen zwischen der MILF und der Regierung in Manila statt.

Zum Durchbruch kam es dabei am 15. Oktober des vergangenen Jahres. Ein von Manila und der MILF ausgehandeltes Rahmenabkommen sieht vor, bis Mitte 2016 eine friedensvertragliche Regelung zu finden, die den Moros volle Autonomie gewährt. Doch die aktuellen Ereignisse in Sabah deu-

ten daraufhin, dass einige politische Protagonisten starkes Interesse daran haben, eine solche Friedensregelung zu kapitulieren. Schließlich stehen in Malaysia und den Philippinen in wenigen Wochen Wahlen an, die bestimmte Politiker auch und gerade dazu nutzen werden, aus Eigeninteressen nationalistische Sentiments zu schüren.

*Der Autor ist Ko-Herausgeber des kürzlich in 4. Auflage im Berliner Horlemann Verlag erschienenen Handbuch Philippinen – Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur.*

## Der Wunsch nach Gleichberechtigung

In der 2000-jährigen Geschichte der Christenheit waren führende Tätigkeiten in Politik, Gesellschaft und Kirche überwiegend maskulin besetzt. Frauen koordinierten vorwiegend den Haushalt und waren im Alltag mit Reproduktion und Erziehungsaufgaben beschäftigt. Ein Streifzug durch Widerstandsbewegungen.

*von Sophia Steinmetz und Carolin Blöcher*

### Die erste Welle der europäischen Frauenbewegung

Erst mit der Französischen Revolution 1789 kristallisierte sich eine Bewegung heraus, die sich von den klassisch verteilten Rollenbildern und dazu gehörigen Aufgaben verabschieden wollte, um eine Gesellschaft anzustreben, in der nicht nur Männer, sondern auch Frauen entscheiden, regieren und Verantwortung tragen dürfen. Dürreperioden und Ernteauffälle führten in Kombination mit angestiegenen Abgaben dazu, dass die Bevölkerung unter starken Hungersnöten litt. Obwohl der „Zug der Marktfrauen nach Versailles“ im Juni 1798 zwar ursprünglich daraus entstand [1], dass die Frauen schlichtweg um Nahrung für ihre Familien flehten, löste er als erste „Frauenbewegung“ einen Wandel in der Gesellschaft aus.

### Die Nachkriegszeit

Zahlreiche Versuche von Frauen in Wissenschaft und Politik folgten in den nächsten 150 Jahren. Insbesondere die Nachkriegszeit des 2. Weltkrieges prägte ein neues Frauenbild und brachte eine kurzzeitige gesellschaftliche Veränderung.

Während unzählige Männer die Nachkriegsjahre in Gefangenschaft verbrachten oder im Krieg fielen, organisierten die hinterbliebenen Frauen den Wiederaufbau Deutschlands. Im Zuge der von den Alliierten initiierten Demokratie wollten sogenannte „Frauenausschüsse“ aktiv an dem Aufbau der Demokratie teilhaben und den Staat so mitgestalten, wie es bislang nur Männer taten [2]. Das Resultat war gigantisch: In der neuen Verfassung der Bundesrepublik wurde die Gleichberechtigung von Mann und Frau fest verankert. Doch die Gesellschaft verharrt nach wie vor in alten, patriarchalen Strukturen.

### Zweite und dritte Welle unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen

Ausgehend von der Sozialistin Sigrid Rieger erhob sich in den 1970er Jahren eine neue Frauenbewegung, die den Fokus auf das Recht des eigenen Körpers lenkte und mit der Kampagne „Ich habe abgetrieben“ für Aufsehen sorgte. In Demonstrationen und Streiks stritten die Aktivist\_innen gegen konservative und patriarchale Züge in der Gesellschaft.

Im Zuge dessen klagten die Frauen ihr Recht ein, in allen Instanzen mitentscheiden, den eigenen Körper verteidigen und das Leben nach eigenen Vorstellungen mitgestalten zu dürfen. Ende der 1990er Jahre entflammte zusätzlich der Wunsch nach gleichen Löhnen, gleichen Karrierechancen und dem Abbau der „gläsernen Decke“ [3].

Daraus resultierte eine allgemeine Gesellschafts- und Wirtschaftskritik der „neuen“ Frauenbewegung, die ihren Ursprung in der Hinterfragung der Macht des Mannes, der kapitalistischen Ausbeute der Frauen und der Stellung der Frau in der Gesellschaft hatte. Es war mittlerweile nicht nur Frauen, sondern auch Männern ein Bedürfnis, die Herkunft von klassischen Rollenbildern zu erforschen und herauszufinden, weshalb der Typ „Frau“ beziehungsweise der Typ „Mann“ gesellschaftlich existierte oder gar zelebriert wurde. Damit war der Grundstein für den wissenschaftlichen Bereich der „gender studies“ geschaffen, der sich mit dem Themenkomplex des biologischen Geschlechtes in Zusammenhang mit der damit verbundenen, gesellschaftlichen Assoziation beschäftigt. Seitdem wird zwischen „sex“ (dem biologischen Geschlecht) und „gender“ (dem sozialen Geschlecht) unterschieden. Es wird erforscht, wie sich Rollenbilder in Alltag und Sprache wiederfinden, welchen Einfluss Medien

auf die Wahrnehmung von Sexualität und Geschlecht nehmen und wie der individuelle Mensch versuchen kann, aus Rollen-Festlegungen auszusteigen.

Zudem schaffen seit den 1970er Jahren von vielen Seiten organisierte Gruppen und Frauenforen Rückzugsräume und geben ihnen Raum. Hier kann das Thema „sex und gender“ immer wieder von anderen Standpunkten betrachtet werden, um der Utopie einer Gesellschaft, in der Geschlecht keine Rolle mehr spielt, einen Rahmen zu bieten.

### **Gleichberechtigung im Raum der weltweiten Römisch-katholischen Kirche**

In der römisch-katholischen Kirche können Frauen bis heute nicht als Priesterinnen tätig sein, auf den Philippinen wie in Deutschland. Trotz dieses Mankos sind sie oft aktiv an der Gestaltung des Gemeindelebens beteiligt und übernehmen ehrenamtliche Funktionen. Des Weiteren gibt es katholische Theologinnen, von denen einige auch als Professorinnen tätig sind, und aktive Gruppen und Bewegungen, die sich für mehr Gleichberechtigung einsetzen.

Auf den Philippinen gibt es im Bereich Kirche und Frauempowerment die Frauenabteilung der Gesellschaft der Kirchenoberen der Philippinen (AMRSP [4]), der lange Sr. Mary John Mananzan vorstand. Dieselbe war auch Direktorin des Frauen-Studieninstituts des *St. Scholastica College* in Manila und Vorsitzende der Organisation GABRIELA. Das Institute for Women's Studies bietet viele Kurse zu empowerment an und hat mittlerweile auch angefangen, Männer in die Arbeit mit einzubeziehen.

In Deutschland erreichen die beiden großen katholischen Frauenverbände Breitenwirkung. Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und der Katholische Frauenbund Deutschlands (KDFB) setzen sich für die gerechte Teilhabe von Frauen in der Kirche ein. Sie wollen Frauen stärken und in der Kirche Raum für ihre Begabungen schaffen. Interessant ist aus dem Spektrum der Kirchenvolksbewegungen die Aktion Lila Stola. Sie setzt sich seit 1997 „für die volle Gleichberechtigung der Frauen in der römisch-katholischen Kirche ein, das heißt Öffnung des Ständigen Diakonats und des Priesteramts für Frauen und gleichberechtigter Zugang zu allen Leitungsämtern“ ein [5].

### **Gleichberechtigung im Raum der Protestantischen Kirchen auf den Philippinen und in Deutschland**

In vielen Kirchen des Philippinischen Nationalen Kirchenrates (NCCP) gibt es seit mehreren Jahrzehnten die Frauenordination. Obwohl die Anzahl von Frauen in kirchlichen Ämtern, vor allem in Leitungsfunktionen, immer noch gering ist, nehmen diese selbstbewusst neue Rollen ein.

Schon 1922 vergab das Union Theological Seminary der UCCP einen Bachelor in Theologie an Macaria Cemonte-

verde, eine presbyterianische Studentin aus Iloilo [7]. Es ist nicht bekannt, ob und wann sie ordiniert wurde. 1955 wurde die erste Frau in der Philippinische Zentralkonferenz der Bischöflichen Methodistenkirche Gemeindediakonin, was in dieser Kirche als hohes Amt angesehen wird, das mit einer Ordination verbunden ist [8]. Diese methodistische Kirche war eine der Vorläuferinnen der heutigen UCCP. Ein Jahr gewährte die Kirche Diakoninnen das volle Ordinationsrecht, sodass sie nun auch Gemeindeälteste werden konnten. 1971 wurde mit Cornelia Mauyao die erste Älteste in der Philippinischen Zentralkonferenz gewählt.

Nach Rev. Vertucio wurde in den Vorläuferkirchen der UCCP 1936 die erste Frau als Pastorin ordiniert [9]. Die Verfassung der UCCP (entstanden 1948) ebenso wie weitere Dokumente erlaubten dies von Anfang an. Erste Bischöfin der UCCP wurde 1998 Rev. Nelinda Primavera-Briones. Die einzige weibliche Bischöfin, die heute in den Philippinen lebt, ist Bishop Dulce Pia Rose vom Bezirk Ost-Visayas.

Die einzelnen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erlaubten Frauenordination ungefähr ab den 1950er Jahren. Je nach Landeskirche variierte der Zeitpunkt. Zuerst taten diesen Schritt die Evangelischen Kirchen der Pfalz und in Hessen und Nassau. Wie auch in Staat und Betrieben hatten Frauen in der Kirche in erheblichem Umfang den Gemeindedienst an der Stelle von einberufenen Pfarrern versehen.

Allerdings konnten lediglich unverheiratete (!) Theologinnen im Angestelltenverhältnis, nicht als Beamtinnen wie ihre männlichen Kollegen, bestimmte Stellen übernehmen. Sukzessive weitete sich der Aufgabenbereich aus und bald wurde gleiches Gehalt für Männer und Frauen im Pfarrdienst vorgeschrieben. Erst in den 1960er und 70er-Jahren wurde die volle rechtliche Gleichstellung von Pfarrerrinnen erreicht [6]. Seither wächst die Zahl der Studentinnen, Pfarrerrinnen, Dekaninnen und Bischöfinnen stetig an. Zurzeit liegt die Zahl der Frauen im Pfarrdienst in Evangelischen Landeskirchen bei etwas mehr als 30 Prozent.

Seit den Anfängen der „Frauenbewegung“ im Raum der Kirchen wurde theologisch zum Thema Gleichstellung gearbeitet. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde ein Frauenstudien- und bildungszentrum der EKD eingerichtet. Frauenreferate oder Gleichstellungsstellen in den verschiedenen Regionen kümmern sich um die Anliegen von Frauen, je nach Ausrichtung sind Männer gleichermaßen im Blick. Die Ansätze und Anliegen werden mittlerweile auch in der universitären theologischen Forschung mehr oder weniger zur Kenntnis genommen.

### **Ausblick**

Dennoch sind zum jetzigen Stand Frauen und Männer noch nicht gleichberechtigt. Allein in Deutschland liegt nach wie vor die Lohndifferenz („gender pay gap“) von Frauen im Vergleich zu Männern bei gleichem Angestell-



tenverhältnis und vergleichbarer Qualifikation bei etwa 23 Prozent [10]. Zudem wird das Recht des eigenen Körpers häufig in Frage gestellt. Frauen oder Männer fühlen sich vom jeweils anderen Geschlecht bedrängt, angegriffen oder sehen persönliche Grenzen als überschritten an.

Daher sieht es die aktuelle Frauen- und Genderbewegung nach wie vor als ihre Aufgabe an, patriarchale Strukturen aufzuklären und damit zu brechen und das Recht des Körpers in den Fokus von kulturellen Debatten zu stellen. Neuere Themen sind unter anderem das Infragestellen problematischer Identitätskonzepte, von Geschlechtsidentität und Sexualität.

*Sophia Steinmetz setzt sich seit ihrem 16. Lebensjahr in der Frauen- und Genderbewegung im Rahmen ihres politischen Engagements bei der GRÜNEN Jugend und der BUND Jugend für die Überwindung des Geschlechts und die Gleichberechtigung aller Menschen ein und agierte 2011 als Frauen- und Genderpolitische Sprecherin der GRÜNEN Jugend Rheinland-Pfalz.*

*Carolin Blöcher studiert Evangelische Theologie in Berlin und ist Mitherausgeberin von Fisch und Vogel. Sie hat 2008-09 in Manila gelebt und in der United Church of Christ in the Philippines (UCCP) gearbeitet. Im Rahmen ihres Studiums beschäftigt sie sich auch mit Geschlechtergerechtigkeit und Identität.*

[1] [www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35252/wie-alles-begann-frauen-um-1800](http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35252/wie-alles-begann-frauen-um-1800).

[2] [www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35275/neuanfang-im-westen](http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35275/neuanfang-im-westen).

[3] [www.zeit.de/karriere/beruf/2012-06/frauen-management](http://www.zeit.de/karriere/beruf/2012-06/frauen-management).

[4] [www.amrsp.org](http://www.amrsp.org).

[5] [www.kfd-bundesverband.de](http://www.kfd-bundesverband.de); [www.frauenbund.de](http://www.frauenbund.de); [www.wir-sind-kirche.de](http://www.wir-sind-kirche.de).

[6] [www.ekd.de/bevollmaechtigter/stellungnahmen/52400.html](http://www.ekd.de/bevollmaechtigter/stellungnahmen/52400.html).

[7] [www.uts-registrar.blogspot.com/2004/09/directory-uts-graduates-d-f.html](http://www.uts-registrar.blogspot.com/2004/09/directory-uts-graduates-d-f.html).

[8] [www.umc.org/site/apps/nlnet/content3.aspx?c=Iw-L4KnN1Lth&b=5765535&ct=8116849](http://www.umc.org/site/apps/nlnet/content3.aspx?c=Iw-L4KnN1Lth&b=5765535&ct=8116849).

[9] Teresita B. Vertucio. "Leaders yet Subordinate: The Place of Women Ministers in the Church"

[10] [www.equalpayday.de](http://www.equalpayday.de).

## Schreib-Weisen oder

### „Warum wir gendern“

von Carolin Blöcher

Die Diskussion um das gesellschaftliche Geschlecht und die Festlegung von Männern und Frauen auf bestimmte Rollenbilder hat seit den 1970er Jahren auch die Sprache erreicht. Nach dem Philosophen Ludwig Wittgenstein schafft Sprache Wirklichkeit. Frauen stellten fest, dass sie sich durch Sprechweisen von Bürgern, Studenten oder Lesern nicht repräsentiert, nicht „gemeint“ fühlten - und begannen zu protestieren. Neue Sprachformen zu entwickeln war ein Akt, Sichtbarkeit einzufordern und Raum für sich einzunehmen. Dabei entstanden mehrere Schreib- und Sprechweisen mit unterschiedlichen Vor- und Nachteilen: Die Nennung beider Geschlechter („Liebe Leserinnen und Leser“) macht alle sichtbar und hörbar. Das Binnen-I („Liebe LeserInnen“) sorgt für ein nicht wesentlich längeres Schriftbild und betont explizit die weiblichen Angeredeten. Ähnlich sind Schrägstrich und Klammer zu verstehen („Liebe Leser/innen“, „Student(innen)“). Die Partizipialform („Studierende“) schafft ein neues neutrales Wort, das weder exklusiv maskulin noch feminin besetzt war. Auch Synonyme (Kollegium statt Lehrer) werden gebraucht. Ebenso gibt es abwechselnde Nennungen von femininen und maskulinen Gruppen (Professorinnen und Studenten). In jüngerer Zeit findet eine Öffnung hin zu Geschlechterpluralität statt: Nicht alle Menschen werden mit eindeutigen Geschlechtsmerkmalen geboren. Es gibt viele verschiedene Formen der Intersexualität. Die Angaben über Zahlen im deutschen Raum gehen weit auseinander. Aus solchen und anderen Identitäten (wie beispielsweise Transsexualität) entstand der Wunsch, die vorhandenen Formen der inklusiven Sprache zu erweitern. Durch einen Unterstrich, die sogenannte „gender gap“

(„Liebe Leser\_innen“) entsteht ein Zwischenraum, in dem Menschen Platz haben, die aus der bipolaren Geschlechterordnung herausfallen. Gesprochen werden kann diese Form mit Glottisstop (Kehlkopfverschlusslaut). Eine Sonderform ist die Schreibweise „Filipin@s“ (sprich z.B. „Filipinos und Filipinas“), die wir durchgehend verwenden.

Es geht dabei nicht um Verkomplizierung von Sprache, sondern um ein kreatives Einbeziehen und die Veränderung des Bewusstseins. An welche Menschen denke ich beim Lesen oder Hören eines Textes? Das Verständnis des generischen Maskulinums als alle Geschlechter einschließend setzt ein hohes Abstraktionsvermögen voraus. Viele Menschen haben bei „Studenten“ vor allem Männer („male bias“) vor Augen. Durch genderte Sprache kann dies bewusst gemacht und verändert werden. Es geht um die Umsetzung von sprachlicher Gleichstellung, um die Teilnahme von Frauen und anderen Gruppen an gesellschaftlichen Aktivitäten zu signalisieren. Dies erfordert Kreativität, Sprachgefühl und die Bereitschaft, Formulierungsgewohnheiten zu verändern.

Die deutsche Sprache legt Geschlecht grammatikalisch fest. Im Englischen ist dies anders. Hier gibt es nur selten unterschiedliche Bezeichnungen für Frauen und Männer. In Tagalog, einer der philippinischen Sprachen, besteht für die dritte Person Singular statt zwei oder mehr Personalpronomen nur eines: „siya“. Daher auch die häufige Verwechslung von „he“ und „she“ im Englischen durch Filipin@s. Insofern ist Tagalog in Bezug auf geschlechtsspezifische Bezeichnungen sprachlich offener.

Allerdings sieht dies bei den gesellschaftlichen Rollen auf den Philippinen anders aus: Festgefügte Gender-Rollen fin-

den sich in der Schule, beim Daten, in Ehe und Familie. 2011 besetzte der Inselstaat Platz 8 von 135 auf dem Global Gender Gap Index, bemerkenswerterweise vor Deutschland (Platz 11) [1]. Es gab auf den Philippinen keinen Unterschied mehr zwischen den Geschlechtern, was Bildung und Gesundheit betrifft. Außerdem wurden politische Partizipation und ökonomische Führung von Frauen hervorgehoben. Auch wenn es also einen hohen weiblichen Anteil in Führungspositionen gibt werden diese Frauen oft erst durch Verwandte oder Ehepartner populär, die bereits in Politik und Gesellschaft engagiert sind. Traditionelle Zuschreibungen von Dominanz und Unterordnung findet sich weiterhin. Außerdem gehen immer noch nur 51 Prozent der Frauen arbeiten, im Gegensatz zu 80 Prozent der Männer [1].

Auch in Deutschland liegt noch einiges im Argen. Beispielhaft sei der Einkommensunterschied genannt. Innerhalb der EU nehmen Deutschland, Österreich und Großbritannien die hinteren Rangplätze im Hinblick auf die Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern ein. Viele Bürger\_innen sind sich nicht bewusst, dass diese Ungleichbehandlung im 21. Jahrhundert immer noch besteht.

Theologisch begründet sich das Nachdenken über Geschlechtergerechtigkeit daraus, dass alle Menschen als Ebenbild Gottes geschaffen sind. Hierauf beruht nicht zuletzt auch die Idee von der unveräußerlichen Menschenwürde im säkularen Raum. In Genesis 1,27 werden explizit Mann und Frau gemeinsam als Geschöpfe Gottes bezeichnet, die Gottes Bild gleich sind. Galater 3,26-28 konstatiert, dass in der christlichen Gemeinde „nicht mehr Jude noch Grieche, nicht Sklave noch Freier, nicht Mann noch Frau“ sind

„denn ihr seid alle eins in Christus Jesus“. Was früher Statusunterschiede waren, spielt jetzt keine Rolle mehr. So begründet sich auch aus der Bibel die Gleichheit der Geschlechter. Maßgeblich ist ebenso die biblische Geschichte vom Ostermorgen. Der auferstandene Christus erscheint zuerst den Frauen und schickt sie zu den Jüngern, um ihnen die Botschaft von seiner Auferstehung zu verkündigen. Welche größere Wertschätzung von Frauen in der Gemeinde kann man sich vorstellen?

Ein Weg hin zu einer Gesellschaft, in der das eigene Geschlecht kein Hindernis für Partizipation mehr ist, ist sprachliche Einbeziehung. Dasselbe gilt für den kirchlichen Raum. Menschen unterschiedlicher Gruppen wollen nicht mehr „mitgemeint“ sein (so ein häufig angeführtes Argument gegen geschlechtersensible Sprache), sondern aktiv in Sprache vorkommen. Dem möchten wir als Redaktion von Fisch und Vogel Rechnung tragen.

In Deutschland verwenden heute viele öffentliche Institutionen, Universitäten, Zeitungen und Einzelpersonen geschlechtergerechte Sprache in der einen oder anderen Form. Ministerien und Kirchen empfehlen sie. Das Thema „Gender“ ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen und wird uns weiter beschäftigen. Fisch und Vogel möchte dabei richtungsweisend mitgestalten. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung, liebe Leser\_innen!

[1][http://www3.weforum.org/docs/WEF\\_GenderGap\\_Report\\_2011.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_GenderGap_Report_2011.pdf); vgl. auch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gender Datenreport, Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München 2005.

## Fremde Nähe – nahe Fremdheit

### Filipinas in Deutschland

von Mary Lou U. Hardillo

Die ersten Ankömmlinge aus den Philippinen in Deutschland waren medizinisches Personal. Krankenschwestern, Ärztinnen, medizinisch-technische Assistentinnen (MTAs) und Krankenpflegerinnen kamen um Engpässe in der bundesdeutschen Gesundheitsversorgung zu schließen. Das geschah Mitte der 1960er Jahre und dauerte bis etwa 1975. Außerdem kamen damals zahlreiche philippinische Seeleute nach Deutschland und Europa. Mit der Ölkrise Mitte der 1970er Jahre endete die gezielte Anwerbung und Beschäftigung von „Gastarbeiter\_innen“. Diese Krise vermochte den unternehmungslustigen Geist der Filipin@s, insbesondere der Filipinas, keineswegs zu dämpfen, die gleichzeitig mit ihrer eigenen Krise, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit während der Kriegsrechtsära unter dem Marcos-Regime (1972 – 81) zu kämpfen hatten.

#### Overseas Filipino Workers (OFWs)

Vermittlungsbüros für Arbeiten im Nahen Osten und Europa schossen damals wie Pilze nach einem warmen Regenguss aus dem Boden. Die philippinische Regierung unterstützte solche Maßnahmen gezielt. Ihr nämlich ging es in erster Li-

nie darum, Devisen – D-Mark und Dollars – in großem Stil zu ergattern, um die in noch größerem Stil verursachten Kosten der Auslandsverschuldung zu tilgen. Allein im Jahr 2012 betrug die von der Philippinischen Zentralbank offiziell erfassten Rücküberweisungen von Filipin@s, den so genannten OFWs oder *Overseas Contract Workers* (OCWs), in ihre Heimat umgerechnet über 20 Milliarden US-Dollar – der mit Abstand größte Devisenbringer für das Land!

Aus diesem Grund titulierte bereits Präsidentin Corazon Aquino (1986 – 92) die OFWs als „neue Helden“, während Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo (2001–2010) diese auch gern als „lebende Helden“ bezeichnete. Angemessener wäre es indes, von „Märtyrer\_innen“ zu sprechen, weil sie ihre Familien, Freunde, Sicherheit und Gewohnheiten auf der Suche nach Arbeitsstellen im Ausland opfer(te)n und vielfach riskier(t)en. Nach ihrer Rückkehr finden sie nur allzu oft aus den Fugen geratene Familien vor: Männer, zwischenzeitlich zu Alkoholikern geworden sind, Kinder mit abgebrochener Schulausbildung oder enge Verwandte, die das überwiesene Geld verspielen oder anderweitig unpro-

duktiv einsetzen. Viele OFWs leben im Ausland in ständiger Angst, deportiert zu werden, ihre Jobs zu verlieren oder in prekären Situationen, die Gewalterfahrungen mit einschließen. Und diese Lebensverhältnisse dulden sie nicht nur für sich, sondern mehr noch für die Belange der daheim gebliebenen Familienmitglieder.

### Leben in Germoney

Nach dem Anwerbestopp von „Gastarbeiter\_innen“ folgte eine relativ romantische Zeit zwischen Deutschland und den Philippinen. Viele deutsche Männer waren zu der Zeit gesund, hatten gute Jobs und waren auf der Suche nach jemandem, mit der oder dem sie ihr Glück teilen wollten. Die so genannte Heiratsmigration erlebte eine Hoch-Zeit – durch entsprechende Vermittlungsbüros oder persönliche Kontakte. Solche Geschäfte sind zwar in den Philippinen verboten, florieren aber besonders in Zeiten des Internets, wo Mann per Mausclick Frauen aller Nationalitäten ansehen und als Partner „ordern“ kann.

Heute findet man Filipinas in Deutschland als Krankenschwestern, Verkäuferinnen, Sängerinnen, Krankenpflegerinnen, Hausfrauen, Studentinnen, *domestic workers*, Hilfskräfte und Geschäftsfrauen. Als Sprösslinge einer Umgebung mit einer reichen Tradition von Fiestas, Geselligkeiten und verwestlichtem Lebensstil gelingt es den meisten Filipinas mühelos, sich an das hiesige Leben zu gewöhnen und sich anzupassen – zumal dann, wenn solche Begegnungen innerhalb einer familiären Umgebung, in Freundeskreisen oder in christlichen Gemeinden stattfinden.

Beobachtet man diese sozialen Begegnungen näher, so stellt sich vielfach heraus, dass sie meistens von Filipinas initiiert und durchgeführt werden. Wir feiern Fiestas, Kulturfeste und Tanzabende zur Unterstützung karitativer Projekte in den Philippinen. Viele Organisationen behaupten, sie unterstützen den Bau von Kirchen, Schulen, Krankenhäusern zu Hause und helfen Straßenkindern sowie Opfern von Naturkatastrophen. Sie schicken Kleidungsstücke, medizinisches Gerät, Medikamente und andere wohltätige Dinge. Es gibt mittlerweile auch Filipinas, die Mitglieder lokaler Ausländerbeiräte sind und sich ehrenamtlich für die Belange ihrer Ko-Filipinas und anderer Migrantinnen engagieren.

### Pflegenswerte Tradition

Im Gegensatz zu dem verbreiteten Klischee unterwürfiger und anschniegbarer asiatischer Frauen existiert eine Tradition der starken einheimischen Frau. In unserer philippinischen Gesellschaft gab es eine Tradition der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau schon bevor die spanischen Konquistadoren ihren Fuß auf unsere Inseln setzten (1521 – 1898). Frauen konnten Kinder bekommen, ohne verheiratet zu sein. Es gab ein Scheidungsrecht, wonach Frauen ihren Mädchennamen behalten und nach der Heirat auch über eigenen Besitz allein verfügen konnten. Darüber hinaus behaupteten sie sich in wichtigen politischen und Führungspositionen. Es gab die so genannten *Babaylanes* oder *Catalonan*, lokale Priesterinnen und Heilerinnen, die bedeutsame soziale, religiöse und politische Funktionen ausübten.

Nach 350 Jahren spanischer Kolonialherrschaft, die unser bekanntester zeitgenössischer Schriftsteller, Francisco Sio-

nil José, als „350 Jahre im Konventsmief“ beschrieb, und 50 Jahren US-amerikanischer Herrschaft (1898 – 1946), also „nahezu ein halbes Jahrhundert unter Hollywood“, geriet diese wichtige Rolle der Frauen in Vergessenheit. Immerhin bedarf es keiner großen Vorstellungskraft, um zu verstehen, weshalb philippinische Ehefrauen auch als *Kumander*, Befehlshaberin, gelten.

Mit dem Konzept von Gleichberechtigung folgen wir Werten und Traditionen im Sinne von *Bayanihan*, ehrenamtliche Tätigkeiten gemäß dem Prinzip der Gegenseitigkeit von Geben und Nehmen, sowie *Damayan*, dem Mitgefühl für Menschen in misslichen Situationen. Filipin@s sind überaus gesellige Wesen, die das Gefühl schätzen, einem kleinen Freundeskreis, einer Gemeinde oder einem eingetragenen Verein zugehörig zu sein. Das ist sehr wichtig für uns. So können wir uns jederzeit über Probleme zu Hause austauschen und verständigen, die von den kleinsten Dingen des Lebens bis hin zu Erfolgsgeschichten von Verwandten und Nachbarn reichen.

Wir fühlen uns buchstäblich *inter-connected* mit anderen Menschen. Es gibt gewiss auch Frauen, die aus Angst und Furcht vor *Tsismis*, der brodelnden Gerüchteküche, keine engen freundschaftlichen Beziehungen pflegen (wollen). Doch ein Leben ohne *Tsismis*, ohne Tratschen – besonders am Telefon – ist überaus langweilig und läuft letztlich auch unserer Tradition als *oral society* zuwider.

### Selbstorganisation und politische Anliegen – Europa weit und national

Seit nunmehr über 20 Jahren existiert mit *Babaylan* ein philippinisches Frauennetzwerk in Europa mit Mitgliedern aus zehn Ländern.

Im September 1992 wurde in Barcelona auf einer ersten europaweiten Tagung philippinischer Migrantinnen, deren Mitglieder auf bundesrepublikanischer Ebene im *Philippine Women's Forum Germany e. V.* zusammengeschlossen sind, in der Resolution festgehalten: „Nachdem wir unsere Erfahrungen ausgetauscht und die Berichte unserer Schwestern gehört haben, haben wir erkannt, dass die sich verschlechternde ökonomische Situation in den Philippinen, die soziale und politische Krise uns dazu getrieben haben, das Land zu verlassen – die einzige Möglichkeit, ein besseres Leben zu führen. Die neue internationale ökonomische Ordnung, welche die Kluft zwischen reichen und armen Ländern weiter vertieft, hat den Bedarf an Arbeitskräften aus Dritte-Welt-Ländern noch vergrößert, und es zeigt sich ein Trend der verstärkten Migration von Frauen [...]. Unsere Erfahrungen sind lebendige Zeugnisse der verschiedenen Formen von Unterdrückung und Ausbeutung, vom Durchhaltevermögen als Frauen, als Migrantinnen, als Frauen in Mischehen und als farbige Migrantinnen in Europa.“

Seit der Gründung von *Babaylan* setzt sich dieses in Form von Kampagnen und *advocacy work* für Anliegen wie das eigenständige Aufenthaltsrecht für Ehefrauen und Migrantinnen, den Schutz sowie die Anerkennung sogenannter *non-documented migrants* ein. Überdies koordinieren wir unser Engagement mit anderen Migrantinnen-Organisationen im Sinne der Belange von Haushälterinnen und Au-Pairs und fordern den Stopp von Kinderprostitution und Frauenhan-

del.

Neben unseren Trainings- und Workshop-Angeboten wie dem *Basic Women's Orientation-Training* leisten wir Informationsarbeit und bieten Diskussionsforen zu einer Vielzahl von Themen an wie: das Wahlrecht für Filipinos und Filipinas im Ausland; Gewalt gegen Frauen; Situation von Filipinas in anderen EU-Ländern sowie *Economic Empowerment* für Migrantinnen; Frauensexualität und Spiritualität. Dabei stehen solche Fragen im Mittelpunkt: Wie können wir uns und andere Migrantinnen besser und dauerhaft ermächtigen? Was bedeutet eigentlich eine *empowered* Filipina?

### „Kollektive und subversive Erinnerung“

Die Hauptrednerin der zehnjährigen Jubiläumsveranstaltung war die Benediktinerschwester Mary John Mananzan, Direktorin des *Institute of Women's Studies* am *St. Scholastica College* in Manila und damals nationale Vorsitzende der Frauenorganisation GABRIELA. Ihre inspirierende Rede begann sie mit Blick auf die Realität, dass es „Unterordnung, Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen gibt, graduell unterschiedlich, aber durchgängig in sämtlichen Klassen, ‚Rassen‘, Konfessionen und Nationalitäten. Es ist ein ideologisches, strukturelles und globales Problem.“ Doch dabei beließ sie es nicht. Schwester Mary John sprach aus dem Stehgreif energisch über Frauen und Spiritualität. „Jede Frau sollte ein gesundes Selbstbewusstsein haben. Wenn Frauen Selbstvertrauen haben, werden sie keine für sie erniedrigende Beziehung eingehen. Definiert Euch nicht durch einen Mann. Definiert Euch durch Euch selbst [...]. Es

gibt Techniken zur Selbstbehauptung. Schau' jeden Tag in den Spiegel und sag': Mary John, du bist gut und schön, OK? Wir haben nur das eine kurze Leben, warum verschwenden wir es mit Feindseligkeit, mit negativen Gedanken, mit gegenseitigen Beleidigungen, mit gegenseitigem Hass, mit Eifersucht, im Berufsleben und in anderen Bereichen? Eine gegenseitige Stärkung bedeutet nicht nur die negative Seite, nämlich nicht gemein zueinander zu sein, sondern auch die positive Seite, was kann ich tun, um andere Menschen aufblühen zu lassen? Sie ist befreiend. Wie kannst Du andere Frauen befreien, wenn Du selbst es nicht bist? Das ist für mich die wichtigste Tugend jedes Menschen, innerlich frei zu sein. [...] Sie ist öst(er)lich, Spiritualität ist nicht Perfektion, sie ist ein Sich-Ausliefern. Wenn man Spiritualität zusammenfassen möchte, so ist sie leidenschaftlich und mitfühlend.“

Leiten lassen wir uns bei all unserem Tun von Sister Mary Johns bedenkenswertem Rat: „Wir haben eine kollektive und subversive Erinnerung an unsere *equality* – Gleichberechtigung. Dies ist keine westliche, sondern unsere eigene, philippinische Tradition, die wir aus der Vergangenheit zurückbringen, in die Zukunft transportieren und zu neuem Leben erwecken wollen“.

*Mary Lou U. Hardillo war zeitweilig Chairperson von Babaylan und ist langjährige Vorsitzende des Philippine Women's Forum Germany e. V. Sie arbeitet als Übersetzerin, Dolmetscherin, interkulturelle Trainerin & Philippinen-Dozentin an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) in Bad Honnef.*

## Politische Verfolgung auf „Rechtswegen“

Mittels fabrizierter Anklagen und illegaler Verhaftungen versucht der philippinische Staat linke Aktivist\_innen und Menschenrechtsverteidiger\_innen zum Schweigen zu bringen.

von Hannah Wolf und Maike Grabowski

### Menschenrechte (nicht) für alle

„Wir werden die Rechte aller schützen, selbst derer, die gegen uns sind“, versprach der philippinische Präsident Benigno C. Aquino im Juli 2012. Ein willkommenes Versprechen, dass jedoch in scharfem Kontrast zu Statistiken über Menschenrechtsverletzungen und somit den Schicksalen von Opfern und ihren Angehörigen steht. Seit Beginn von Aquinos Amtszeit im Jahre 2010 hat die Menschenrechtsallianz KARAPATAN 129 politisch motivierte Morde, 12 Fälle von Verschwindenlassen und 239 illegale Verhaftungen mit Inhaftierung dokumentiert [1]. Unter den Opfern sind häufig diejenigen, die dem Staat kritisch gegenüberstehen und die Einhaltung sowie den Schutz fundamentaler Rechte fordern. Es sind politisch engagierte Menschen, die für gerechte Arbeitslöhne, für ihr Recht auf Land, gegen transnationale Konzerne und deren zerstörerischen Bergbauaktivitäten kämpfen oder für umfassende politische Veränderungen. Besonders betroffen sind Aktivist\_innen linksgerichteter politischer Parteien und Organisationen.

### Dämonisierung von politischen Aktivist\_innen

Die politische Verfolgung von eben diesen Aktivist\_innen folgt einem sorgfältig etablierten Muster, in dem allenfalls der Modus und die Intensität der systematischen Verfolgung variieren. Vor dem Hintergrund bewaffneter Konflikte und einer umfangreichen militärischen Kampagne zur Aufstandsbekämpfung (Operation Bayanihan), dämonisieren staatliche Akteur\_innen politische Aktivist\_innen als Staatsfeinde und kommunistische Terrorist\_innen. Kritische Nicht-Regierungsorganisationen und Kirchen werden als Frontorganisationen des kommunistischen Aufstandes gebrandmarkt.

Diese Rhetorik („Red-Baiting“ [2]) schafft ein klares Feindbild und suggeriert eine Gefahrensituation, in der die nationale Sicherheit gleichsam von bewaffneten Guerillas sowie von friedlichen Aktivist\_innen bedroht wird.

Diese Dämonisierung erlaubt es, Aktivist\_innen außerhalb der Legalität zu platzieren und eröffnet einen rechtsfreien

Raum zur Bekämpfung dieses „inneren Feindes“. Sowohl machtvolle Clans als auch das Militär, die Polizei und nicht zuletzt die Justiz bedienen sich als Teil des Herrschaftsapparates dieses rechtsfreien Raumes.

Oftmals bleibt es nicht bei verbalen Verleumdungen. Wer einmal zur Zielscheibe von Regierung und Militär geworden ist, hat verschiedene Formen physischer Verfolgungen zu fürchten. Aktivist\_innen werden verschleppt, illegal verhaftet, gefoltert, inhaftiert oder getötet.

Fabrizierte Anklagen, illegale Verhaftungen und Inhaftierungen sind als Teil von Verleumdungsstrategien im Rahmen der Aufstandsbekämpfung zu verstehen. Sie sind ein klassisches Beispiel für ein strategisch rechtliches Vorgehen gegen öffentliche Partizipation (engl. Strategic Legal Action Against Public Participation - SLAPP). Damit sind Rechtstreitigkeiten und rechtliche Vergeltungsmaßnahmen gemeint, die vorwiegend von machtvollen (juristischen) Personen gegen finanziell schlechter gestellte Kritiker\_innen mit der Absicht angestrengt werden, diese durch einen lang anhaltenden und kostspieligen rechtlichen Prozess einzuschüchtern oder gar zum Schweigen zu bringen. Daher haben SLAPPs einen alarmierenden Effekt auf die öffentliche Beteiligung der Zivilgesellschaft und auf die Ausübung ziviler und politischer Rechte, wie z. B. Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie blockieren die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen und sind nicht zuletzt Warnung für alle, denen Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit am Herzen liegen, sich nicht mit herrschaftskritischen Individuen oder Organisationen einzulassen.

Statistiken von philippinischen Menschenrechtsorganisationen zufolge sind unter der Aquino-Regierung bisher ca. 140 politische Aktivist\_innen Opfer von illegalen Verhaftungen geworden. Berücksichtigt man die politischen Gefangenen der vorigen Amtszeiten, so sprechen Menschenrechtsorganisationen von 300 bis 400 politischen Gefangenen [3], die über das gesamte philippinische Archipel verteilt in verschiedenen Gefängnissen inhaftiert sind.

### **Die illegale Verhaftung und Inhaftierung von Zara Alvarez**

Eine von ihnen ist Zara Reboton Alvarez. Die linkspolitische Aktivistin und Menschenrechtsverteidigerin wurde am 30. Oktober 2012 in ihrer Heimatstadt Cadiz City auf der Insel Negros, im Zentrum der Philippinen, verhaftet. Es war gegen 18 Uhr abends, als sie auf ein Tricycle wartete und von ca. 30 Soldaten umzingelt wurde. Sie rief um Hilfe, doch die Soldaten warnten Umstehende nicht zu intervenieren. Später kam die Polizei der Stadt Cadiz hinzu und brachte Alvarez zur Polizeistation.

Erst während ihrer Verhaftung erfuhr Alvarez, dass sie bezichtigt werde, ein Mitglied der kommunistischen Neuen Volksarmee (NPA) zu sein und wegen Mordes an einem Leutnant der Philippinischen Armee angeklagt sei, der zweieinhalb Jahre zuvor in einem Gefecht zwischen der Philippinischen Armee und der Neuen Volksarmee ums Leben kam.

Bereits in ihrer Schulzeit ist die 31-jährige Alvarez zu einer bekannten Aktivistin geworden. Sie war Vorsitzende der linksgerichteten Jugendorganisation ANAK BAYAN-Negros,

stellvertretende Generalsekretärin des linksgerichteten politischen Dachverbandes BAYAN-Negros sowie Kampagnen- und Bildungsreferentin der Menschenrechtsorganisation KARAPATAN-Negros. Als alleinerziehende Mutter eines dreijährigen Kindes war sie zuletzt Mitarbeiterin der Allianz von Menschenrechtsverteidiger\_innen in Nord Negros.

Mit ihr sind Dutzende andere angeklagt, viele von ihnen sind Mitglieder oder führende Aktivist\_innen von Menschenrechts- und politischen Organisationen.

Der Fall Alvarez ist beispielhaft für viele andere. Berichten der Nationalen Anwaltsvereinigung (NUPL) zufolge, werden Aktivist\_innen häufig weder über die gegen sie vorliegende Anklage informiert, noch wird ihnen gewährt sich zu diesen zu äußern und sich entsprechend zu verteidigen.

Die Anklageschriften enthalten sogenannte „Jane/John Does“, das heißt Platzhalternamen für fiktive bzw. nicht identifizierbare Personen. Auf diese Weise können fortwährend weitere Namen anstelle der „John Does“ in der Anklageschrift ergänzt werden.

Bereits unter der Präsidentschaft Macapagal-Arroyos (2001 – 2010) nutzten Behörden auf „Jane/John Doe“ gestützte Haftbefehle für willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen von Aktivist\_innen. In nur knapp vier Wochen (Dezember 2012 – Januar 2013) wurden in den Philippinen 28 Aktivist\_innen verhaftet, 21 von ihnen allein auf der Insel Negros. Als vermeintliche Mitglieder der NPA sollen sie Verbrechen (z. B. Mord, Brandstiftung) begangen haben, für die grundsätzlich keine Entlassungen gegen Kautionsvorgesehen sind.

Ist der Haftbefehl – ordnungsgemäß oder fehlerhaft – einmal ausgestellt, folgt die Verhaftung von Aktivist\_innen wie Alvarez oft ohne Verzögerung. In anderen Fällen werden Verhaftungen gar ohne Haftbefehl vorgenommen, wie beispielsweise im Fall Anecita Rojo, Aktivistin und Mitarbeiterin der katholischen Kirche. Sie wurde am 7. Dezember 2012 in der Provinz Negros Occidental in einem katholischen Konvent ohne Haftbefehl und von Soldaten ohne Militäruniform verhaftet.

Im Gegensatz dazu müssen Opfer von Menschenrechtsverletzungen und ihre Angehörigen meist lange warten bis verdächtige Täter\_innen verhaftet werden – wenn überhaupt. Im Fall des linken Aktivisten Rene Quirante, der am 1. Oktober 2010 in der Provinz Negros Oriental ermordet wurde, konnten die verdächtigen Täter bereits identifiziert werden. Ein im Jahre 2011 ausgestellter Haftbefehl, wurde nach Berichten der asiatischen Menschenrechtskommission (AHRC) jedoch bis heute nicht ausgeführt. Der Verdächtige wurde stattdessen zusammen mit Soldaten der Philippinischen Armee gesehen und scheint keine Verhaftung fürchten zu müssen.

Wie dieses Beispiel zeigt, hängt es von den Zielpersonen und von politischen Interessen ab, ob Justiz und Polizei ihr Mandat integer und ohne Verzögerungen ausführen. Während verdächtige Täter\_innen von Menschenrechtsverletzungen weiter ihre Freiheit genießen können, werden stattdessen diejenigen verfolgt, die dieses Unrecht anprangern.

Die Justiz, die damit beauftragt ist, diese Vergehen gründlich zu ermitteln sowie Täter\_innen strafrechtlich zu verfolgen

und ordentliche Verfahren zu sichern, ist laut des Asian Legal Resource Center (ALRC), durch die Untergrabung von Rechtswegen und Regeln zur Beweisführung selbst an der systematischen Verfolgung von politischen Aktivist\_innen beteiligt [4]. Gibt der Haftbefehl nicht den Namen der verhafteten Person wieder, so werden die Dokumente entweder angepasst oder die wahre Identität des Häftlings ignoriert.

Die Staatsanwaltschaft, so die AHRC, dient in diesen Fällen nun mehr zur Zweckmäßigkeit als der Sicherung von begründeten Beweisen und hinreichenden Verdachtsmomenten. Stattdessen werden die Klagen häufig auf zweifelhafte, wenn nicht gar erzwungene Zeugenaussagen gestützt.

Während diese Verfahren den betroffenen Aktivist\_innen fundamentale Rechte verwehren, bleiben Richter\_innen sowie Staatsanwält\_innen unbestraft und walten weiterhin ungehindert ihrer Ämter.

Der Aktivist Romulo Bito-on ist nicht bereit dieses System stillschweigend hinzunehmen und strengte im November 2012 mit der Unterstützung von lokalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen eine Gegenklage gegen den Richter und Staatsanwalt an, die in seine Verhaftung und dreimonatige Inhaftierung involviert waren. Bito-on, ein lokaler Koordinator der linken Partei Makabayan, wurde ebenfalls beschuldigt Mitglied der NPA und als Guerillero an einer Brandstiftung beteiligt gewesen zu sein.

Es bedarf noch vieler solcher Gegenklagen von Seiten der Aktivist\_innen, um der vorherrschende Straflosigkeit innerhalb der Justiz entgegenzuwirken. Insbesondere im Angesicht der anstehenden Kongresswahlen im Mai dieses Jahres,

bleiben die öffentliche und politische Beteiligung sowie der Einsatz für Menschenrechte ein gefährliches Unterfangen.

### Anmerkungen und weiterführende Literatur

[1] KARAPATAN: Year-end Report 2012 on the human rights situation in the Philippines, S. 7.

[2] Vgl. Stoltenberg-Lerche, Holger and Hamman, Dominik: „Red-Baiting in the Philippines – Civil Society under General Suspicion.“, Observer, Ausg. 3, Nr. 2, 2011.

[3] Die Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees Philippines (TFDP) hat 300 Individuen dokumentiert, während die Menschenrechtsallianz KARAPATAN von 400 Inhaftierten spricht (vgl. Task Force Detainees of the Philippines: „Rights groups commemorate Political Prisoner’s Day“, 7.12.2012, <http://hronlineph.com/2012/12/07/press-release-rights-groups-commemorate-political-prisoners-day-tdfp/> sowie KARAPATAN Pressemitteilung: „Political Prisoners now more than 400, Daughter of a desaparecido latest victim“, 10.10.2012, <http://www.karapatan.org/node/618>).

[4] Asian Legal Resource Center: „PHILIPPINES: Court rules subverted in filing criminal charges against activist“, 28.2.2009, [http://www.alrc.net/doc/mainfile.php/alrc\\_st2009/541](http://www.alrc.net/doc/mainfile.php/alrc_st2009/541) Asian Human Rights Commission: The State of Human Rights in the Philippines in 2012

Observer, Vol. 3, No. 2, Red-Baiting, International Peace Observers Network

*Hannah Wolf ist Diplom Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin, Sprecherin der Menschenrechtsinitiative Sumabay Tayo! Walking together – for Justice! (ST), Mitarbeiterin im Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (AMP) und Vorstandsmitglied des philippinenbüro e. V. Maik Grabowski ist Koordinatorin für das Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (AMP).*

## Manilas beschwiegene Massaker

Vor 45 Jahren formierte sich in den Südphilippinen erneut bewaffneter Moro-Widerstand

von Rainer Werning

Am Anfang stand ein Massaker: Am 18. März 1968 wurden mindestens zwei Dutzend junge muslimische Rekruten – andere Quellen sprechen von 64 bis über 100 Toten – von ihren Vorgesetzten auf der Insel Corregidor in der Bucht von Manila exekutiert. Dieses blutige Ereignis war das Fanal des erneuten bewaffneten Widerstandes der Moros, der muslimischen Bevölkerung in den Südphilippinen, gegen die Zentralregierung in Manila. Die Konsequenzen des Massakers auf Corregidor wirken bis heute nach. In der Region herrscht ein fragiler Frieden. Die Präsenz von einigen Hundertschaften US-amerikanischer GIs, abkommandiert zur Bekämpfung der durch Entführungen und Lösegeldpressungen auch international bekannt gewordenen Abu Sayyaf, tut ein übriges, um unter dem Deckmantel

des „Antiterrorfeldzugs“ die Zivilbevölkerung zu schikanieren.

Begonnen hatte alles im Jahre 1967 auf der kleinen südphilippinischen Insel Simunul, von der man an klaren Tagen Küstenstreifen des ostmalaysischen Bundesstaates Sabah sehen kann. Dort fand unter dem Kommando von Major Eduardo Martelino eine geheime militärische Ausbildung in Sabotage, Infiltration und Sprengstoffattacken von etwa 180 Rekruten statt, die im Januar 1968 nach Corregidor verlegt worden waren. Der Drill soll hart und das Essen miserabel gewesen sein. Auch der versprochene Monatssold von 50 Pesos (umgerechnet entsprach das damals zirka 50 DM) soll den Rekruten letztlich vorenthalten worden sein. Es kam daraufhin zu einer Revolte, die von den Vorgesetzten am 18. März 1968 blutig unterdrückt wurde. So jeden-

falls lautete später die Version der Regierung in Manila.

Der einzige Überlebende des Massakers, Jibin Arula, gab hingegen zu Protokoll, seine Kameraden seien niedergemetzelt worden, weil sie sich geweigert hätten, auf Befehl von oben in Sabah einzumarschieren. „Warum“, so Arula, „sollten wir die Malaysier angreifen, wo sie doch unsere Brüder sind und wir mit ihnen nicht in Streit liegen?“ Dass Arula überhaupt überlebte, indem er schwimmend und mit Hilfe eines Fischers auf das Festland entkommen konnte, wertete man später in Manila als Wunder [1]. Eine andere Version der Ereignisse sprach von einer Meuterei, die von den Offizieren drakonisch niedergeschlagen und wobei eine gesamte Kompanie massakriert worden sei, um zu vermeiden, dass Überlebende Zeugen der unhaltbaren Zustände auf Corregidor werden konnten. Die Leichen der Ermordeten habe man von Hubschraubern aus in die See geworfen.

War Major Martelino der Hauptakteur in diesem Drama, so war der damalige Präsident und gleichzeitige Oberbefehlshaber der philippinischen Streitkräfte, Ferdinand E. Marcos, zweifellos der Kopf des gesamten „Operationsplans Merdeka“ (Freiheit), wie der Codename dieses abenteuerlichen Unternehmens lautete. Wie Marcos stammte auch Martelino aus der Ilocos-Region im Norden des Landes. Der Major soll zum Islam konvertiert sein und sich, nachdem er eine Muslima namens Safiyah geheiratet hatte, fortan den Namen „Abdulatif“ zugelegt haben. Ob Martelino tatsächlich Muslim geworden oder dies nur ein Propagandamanöver war, um in der Region Unterstützung für den Oplan Merdeka zu bekommen, blieb – wie so vieles in dieser Affäre – im Dunkeln. Jedenfalls soll der Major zuvor als Militärattaché in Washington ein Verfechter des Maphilindo-Plans gewesen sein, der seinerzeit eine malaysisch-philippinisch-indonesische Föderation als Einheitsprojekt aller Malaien vorsah.

Hintergrund des Oplan Merdeka war der 1962 erhobene (und seitdem schwelende) Anspruch Manilas auf Sabah, den der damalige philippinische Präsident Diosdado Macapagal, der Vater von Expräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo (2001 – 2010), geltend gemacht hatte. Macapagal berief sich darauf, dass einst das Sultanat von Sulu Souverän des nördlichen Teils Borneos gewesen und dieser zwischenzeitlich integraler Bestandteil der Philippinischen Republik geworden sei. Während Macapagal indes eine friedliche und diplomatische Konfliktlösung favorisierte, wollte Marcos die Sabah-Frage offensichtlich politisch instrumentalisieren und schreckte dabei selbst vor illegalen Methoden

nicht zurück. Auf einer nationalistischen Welle reitend, wollte er wiedergewählt werden, was ihm – einmalig in der Geschichte des Landes – auch 1969 glückte.

Die wahre Geschichte dieses als „Jabidah-Massaker“ [2] in die Geschichte eingegangenen Oplan Merdeka wurde nie enthüllt. Alle Hebel sind seitens der Regierung in Bewegung gesetzt worden, um Spuren zu verwischen. Selbst vom Senat und Kongress eingesetzte Untersuchungskommissionen stießen ins Leere. Den vor ein Militärgericht gestellten Offiziere und Soldaten wurde kein Haar gekrümmt. Keiner wollte es gewesen sein, und 1971 – der Bürgerkrieg im Süden war voll entbrannt – waren sämtliche Angeklagte auf freien Fuß. Lange kursierten Gerüchte über das Schicksal von Major Martelino, der angeblich, sofern er überhaupt noch lebt, in einem malaysischen Gefängnis einsitzen soll. Unbestritten ist, dass die Supervision dieses abenteuerlichen Projekts dem Marcos direkt unterstellten Civil Affairs Office oblag.

Verständlicherweise sackten die Beziehungen zwischen Malaysia und den Philippinen rasch auf einen Tiefpunkt. Kuala Lumpur zog sein Botschaftspersonal aus Manila ab, und die Polizei in Sabah schickte scharenweise illegal ins Land gereiste Filipinos wieder zurück, die man zuvor stillschweigend geduldet hatte. Später sollte sich Malaysia an Manila rächen, indem es Mitgliedern der im Zuge dieser Ereignisse entstandenen Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) in Sabah Unterschlupf gewährte und zuließ, dass sie dort militärisch ausgebildet und mit Waffen versorgt wurden. In diesem Sinne markierten die Ereignisse vom 18. März 1968 die Geburtsstunde der MNLF und den neuerlichen Beginn des bewaffneten Moro-Widerstandes in den Südphilippinen, der bis heute anhält. Erst 1915/16 war es Einheiten der Kolonialmacht USA nach Jahren blutiger Auseinandersetzungen gelungen, diese Region, die die frühere Kolonialmacht Spanien nie zu unterjochen vermochte, endgültig militärisch zu „befrieden“.

#### Anmerkungen

[1] Erst im Februar 2011 meldeten philippinische Medien, dass Arula bereits im Herbst des Vorjahres bei einem Verkehrsunfall in Trece Martires (Provinz Cavite) ums Leben gekommen war.

[2] In der südphilippinischen Folklore ist Jabidah der Name einer ebenso wagemutigen wie schönen Frau.

*Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler & Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, ist u. a. Dozent an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ, Bad Honnef) und Lehrbeauftragter am Institut für Orient- & Asienwissenschaften der Universität Bonn.*

# LUMPIA

Für ca. 10 Portionen



Foto: Jonathan Chard

## Zutaten

3 Schalotten  
1 - 2 Knoblauchzehen  
0,5 kg Gemischtes Hackfleisch, wahlweise auch mit Shrimps (klein geschnitten)  
2 mittelgroße Karotten (klein geschnitten)  
150 g Sojasprossen  
einige Spinatblätter  
Lumpia Wrapper (Frühlingsrollenpapier, erhältlich in allen Asia Shops)  
Sojasoße  
Öl

## Zubereitung

Knoblauch und Zwiebeln dünsten, dann das Fleisch zugeben. Mit Salz, Pfeffer und etwas Sojasoße würzen. Karotten und Sojasprossen hinzufügen. Das Gedünstete nicht zu lange in der Pfanne stehen lassen, da es sonst matschig wird. Die Pfanne vom Herd nehmen und abkühlen lassen.

Jeweils ein bis zwei Esslöffel der gekochten Füllung mit einem Spinatblatt in das Lumpia-Papier einrollen. Zum „Zukleben“ der Frühlingsrolle die Spitze des Papiers mit Wasser anfeuchten. Dann kann die Rolle bei mittlerer Hitze und etwas Öl gebraten werden.